

41 Neues vom Glücksspiel

Die Regierung Macaus hat im letzten Jahr weniger an Steuern aus der Glücksspielkonzession für das Casino-Konsortium STDM (Sociedade de Turismo e Diversoes de Macau, Macau Tourism and Amusement Co.) von Stanley Ho Hung-sun (Ho ist zugleich Vizevorsitzender des Vorbereitungskomitees für die SVR Macau) eingenommen als im Jahr davor. Mit 5,05 Mrd. Patacas flossen 1998 15,4% weniger in die Regierungskasse als 1997 (5,97 Mrd.). STDM überwies der Regierung an Monopolsteuer im letzten Jahr 31,8% ihrer Gesamteinnahmen. Die Spielcasinos erlebten 1998 infolge der Wirtschaftskrise einen Rückgang ihrer Gesamteinnahmen um fast 20%. Dafür konnten die 17.000 Angestellten im öffentlichen Dienst über Chinesisch-Neujahr in den Casinos ihren Einsatz machen. Während sie den Rest des Jahres von den Spieltischen verbannt sind, durften laut einer von Gouverneur Vieira unterzeichneten Sonderverordnung Staatsbedienstete und Mitglieder der Sicherheitskräfte von 20 Uhr des 15. bis 2 Uhr des 19. Februar wie jedes Jahr einmal ihrer Spielleidenschaft frönen. STDM betreibt neun Casinos in Macau, während sich ihre Tochtergesellschaften um alle anderen Glücksspiel- und Wettgeschäfte kümmern. Für das Frühlingsfest war die Eröffnung des zehnten Casinos geplant. 10.000 Personen, 5% des Arbeitskräftepotentials, sind bei STDM beschäftigt. (SCMP, 4.2./3.3.99) -ljk-

42 Verstärkte Handelsbeziehungen zwischen Macau und der VR China

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels zwischen China und Macau soll weiter intensiviert werden, so Wang Hui, Direktor der Abteilung für Taiwan, Hongkong und Macau unter dem Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit (MOFTEC) in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua am 28. Februar. Der Handel zwischen beiden Regionen erreichte danach im letzten Jahr 870 Mio. US\$, 13,8% mehr als 1997. Geschäftsleute aus Macau investierten 1998 438 Mio. US\$ in der Volksrepublik, das sind

auf Jahresbasis gerechnet 11% mehr als 1997. China hat 1998 Verträge über insgesamt 266 Mio. US\$ in Vertragsgeschäften, Vermittlung von Arbeitskräften sowie Planung und Beratung abgeschlossen. Die meisten Importe Macaus kommen aus China, und China ist Macaus viertgrößter Exportmarkt. Was die in China verwendeten Gelder aus Übersee anlangt, so steht Macau an 10. Stelle unter den Geberländern. (XNA, 1.3.99) -ljk-

Taiwan

43 Umstrittene Maßnahmen zur Konjunkturförderung lösen Regierungskrise aus

Im Zeichen sich verschlechternder Wirtschaftsnachrichten gab die Regierung im Februar neue Maßnahmen zur Konjunkturförderung bekannt. Am Ende sah sich Premierminister Vincent Siew (Xiao Wanchang) einem Mißtrauensvotum gegenüber.

Die Lage: Am 8. Februar wurden auf einer Pressekonferenz die neuesten Zahlen zum Wirtschaftswachstum bekannt gegeben, die schlechter als vorhergesehen ausfielen. Demnach war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 1998 gegenüber dem Vorjahr nur um 4,83% gewachsen - der niedrigste Wert seit 16 Jahren. Zuvor war noch von einem Wachstum von 5,07% ausgegangen worden. Im vierten Quartal hatte das Wachstum sogar nur noch 3,71% betragen. Auch die Prognose für das laufende Jahr wurde nach unten korrigiert. Nunmehr wird mit 4,74% ein noch geringeres Wachstum als 1998 erwartet, während zuvor 5,24% errechnet worden waren. (LHB, 9.2.99)

Diese Werte wirken im internationalen Vergleich nach wie vor hervorragend, sind freilich im Zusammenhang mit einer zunehmenden Nervosität in der taiwanischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zu sehen. So schrumpften die Exporte im Jahr 1998 um dramatische 9,7% und die Importe um 8,5%. Gemäß den Vorhersagen soll es zwar 1999 zu einer Wende kommen, doch mit +2% (Exporte) bzw. +0,9% (Importe) bliebe der Außen-

handel weiterhin hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zurück. (SCMP, Internet-Ausgabe, 9.2.99)

Weitere Sorgenkinder sind die Aktien- und die Kapitalmärkte sowie die Immobilienpreise. Die Börsenkurse waren 1998 im Schnitt um 21,6% und bis zu den Feiertagen um das chinesische Neujahrsfest Mitte Februar um weitere 9,7% eingebrochen (FT, 20./21.2.99; HB, 16.2.99) - staatliche Stützungskäufe auf dem Aktienmarkt in den letzten drei Monaten hatten den Abwärtstrend des Index nicht umkehren können. Da Kreditinstitute vielfach Aktien als Sicherheit bei Darlehensgeschäften akzeptiert haben, geriet mit der Baisse auch der Bankensektor zunehmend in Gefahr. Derzeit wird davon ausgegangen, daß 5% aller Kredite notleidend sind. Dieser Wert ist zwar noch gering, doch nach einer Serie von Firmenzusammenbrüchen seit letztem Herbst herrscht die Furcht vor einem Dominoeffekt.

Besonders betroffen sind Immobilieninvestoren. Aufgrund hoher Leerstände können Einnahmen nicht realisiert und aufgenommene Darlehen oft nicht mehr bedient werden. Die Regierung hatte daher am 31.12.1998 ein Programm zur Vergabe zinsvergünstigter Wohnungskaufdarlehen an Erstbezieher aufgelegt, sich damit aber der Kritik ausgesetzt, davon würden nur die Baufirmen profitieren, nicht aber die Käufer, denen die leer stehenden Objekte nach Marktlage an sich billiger angeboten werden müßten (SCMP, Internet-Ausgabe, 4.1.99).

Zudem ist das Kreditwesen in Taiwan durch eine zu große Anzahl kleiner und entsprechend finanzschwacher Banken geprägt, zu denen noch über 300 ländliche Darlehensgenossenschaften hinzukommen. Diese gelten als besonders vom Zusammenbruch gefährdet. Die amerikanische Agentur Moody's Investors Service befürchtet, daß die aggressive Darlehensvergabe, die sich im scharfen Konkurrenzkampf unter zu vielen Banken breitgemacht habe, längerfristig Taiwans Wettbewerbsposition beeinträchtigen kann. (IHT, 27./28.2.99; SCMP, Internet-Ausgabe, 13.2.99)

Wie weit die Nervosität schon geht zeigte sich Anfang Februar, als panische Kunden innerhalb eines Tages

1,2 Mrd. Neue Taiwandollar (NT\$) von der Panhsin-Bank in Taipei abgezogen, nachdem ein Parlamentsmitglied der Kuomintang und Mitinhaber der Bank Schecks im Wert von 101 Mio. NT\$ hatte platzen lassen. (SCMP, Internet-Ausgabe, 4.2.99)

Unmittelbar vor dem Neujahrsfest trafen sich auf Einladung des Premierministers 140 Beamte, Parlamentarier, Manager und Wissenschaftler zu einer zweitägigen Konferenz, um über Reformen im Wirtschafts- und Finanzsektor zu beraten. Premier Siew stellte hierzu klar, daß die Krisenerscheinungen seiner Ansicht nach zwar durch den Einbruch bei den Exporten ausgelöst wurden, daß sie jedoch auf Mängel in den internen Wirtschaftsstrukturen und auf institutionelle Probleme zurückgingen, die längerfristige Lösungen nötig machen. Kritisch zu sehen seien vor allem die Finanzmärkte, das Unternehmensmanagement und die Verwaltung des Arbeitsmarkts, des Wohnungsbaus und des Grundstücksmarktes. Strukturschwächen gebe es darüber hinaus bei der Bankenaufsicht, dem Aktienmarkt, dem Gesetzesrahmen für Unternehmensleitungen und bei der restriktiven Arbeitsgesetzgebung. Vertreter der Opposition wiesen allerdings sogleich darauf hin, daß die übermäßige Darlehensvergabe und die spekulative Investitionstätigkeit auf einer Verfilzung von Regierung und Geschäftswelt beruhten, so daß Reformen wenig nützten, wenn nicht gegen dieses Grundproblem vorgegangen würde (SCMP, Internet-Ausgabe, 12.2.99).

In eine ähnliche Richtung zielten Äußerungen von Moody's Investors Service: Ohne tiefere Reformen würde sich nichts an zu riskanter, spekulativer Investitionstätigkeit ändern, da Investoren und Unternehmer darauf bauen könnten, daß im Fall des Scheiterns die Regierung einspringe - so war es in der Vergangenheit geschehen. (AWSJ, 15.2.99)

Nachdem die bisherigen Konjunkturbelebungsmaßnahmen (Stützungskäufe von Aktien, Wohnkaufdarlehen) als zu kurz greifende Nothilfen kritisiert worden waren, stellte Premier Siew dann am Ende der Konferenz ein Bündel weiterreichender Reformvorschläge vor, die die Stärkung der Finanz-

institutionen und des Kapitalmarkts sowie die Verlängerung der Steuerbegünstigung für Hochtechnologieunternehmen um zehn Jahre betrafen. Seitens des Finanzministeriums waren außerdem Vorschläge gekommen, Firmenzusammenschlüsse (besonders Bankenfusionen) steuerlich zu erleichtern und die Aufsicht zu verstärken (AWSJ, 11.2.99 und 15.2.99, IHT, 15.2.99). Präsident Li Teng-hui (Li Denghui) stellte in seiner Neujahrsansprache am 15.2. gar eine Restrukturierung der Wirtschaft Taiwans in Aussicht (HB, 16.2.99). Bei den meisten der weiterreichenden Vorschläge wird es jedoch einige Zeit dauern, ehe sie auf dem Gesetzgebungsweg umgesetzt sind.

Schon gleich nach den Neujahrsfeiertagen wurden aber auch weitere konkrete Maßnahmen bekannt gegeben, darunter eine Verringerung der Mindestreserven, die die Banken bei der Zentralbank hinterlegen müssen, sowie eine Senkung der Einkommensteuer für Kreditinstitute von 5 auf 2%. (FT, 20./21.2.99; SCMP, Internet-Ausgabe, 24.2.99) Bereits Anfang des Monats hatte die Zentralbank die Leitzinsen um einen Viertel Prozentpunkt gesenkt, um mehr Liquidität in den Markt zu geben. (AWSJ, 2.2.99)

Hinzu kamen noch im Februar zwei weitere Maßnahmen zur Belebung des Aktienmarkts. Zum einen beschloß die Regierung mit sofortiger Wirkung, daß Ausländer bis zu 50% der Aktien taiwanischer Firmen erwerben dürften - bislang hatten 15% als Limit gegolten, ohne daß diese Marke jedoch effektiv kontrolliert worden wäre. (FAZ, 23.2.99, FT, 24.2.99)

Ungleich größeres Aufsehen erregte allerdings ein anderes Thema: die Senkung oder Abschaffung der Börsenumsatzsteuer. Die drei größten Wirtschaftsverbände hatten dies seit längerem verlangt und erheblichen Druck auf die Regierung von Premierminister Siew ausgeübt. Im Hinblick darauf, daß damit lediglich die Aktienspekulation erleichtert, aber keine andauernde Höherbewertung der Anteilsscheine erreicht würde, hatte Siew entsprechende Maßnahmen abgelehnt, zumal der Hebesatz von 0,3% ohnehin gering ist. Auch auf dem erwähnten Wirtschaftsforum hatte ein Verzicht auf die Börsenumsatzsteuer un-

ter Fachleuten keine Anhänger gefunden. Auf dem Umweg über Präsident Li Teng-hui setzte sich die Wirtschaftslobby dann aber gegen den Premierminister doch noch durch. Nachdem Siew seine Ablehnung aufgab, beschloß das Kabinett, im März daher im Legislativ-Yuan eine Vorlage einzubringen, die flexible Sätze der Börsenumsatzsteuer vorsehen wird. (SCMP, Internet-Ausgabe, 24.2.99)

Das Zurückweichen von Premier Siew rief bei der Opposition einen Sturm der Entrüstung hervor: Er verspiele das Vertrauen der Bevölkerung, indem er einmal mehr zu zweifelhaften Maßnahmen ohne langfristig positiven Effekt greife. Die Steuerkürzung würde zudem den angespannten Staatsetat weiter belasten. Besonders kritisch wurde bewertet, daß die Höhe des Steuersatzes in Zukunft von der Exekutive bestimmt werden soll, was der Entmachtung des Parlaments in einer grundsätzlichen Frage gleichkommt. Außerdem stellte sich das Verfassungsproblem, die wirtschaftspolitischen Entscheidungskompetenzen von Präsident und Premier zu bestimmen. (SCMP, Internet-Ausgabe, 24.2.99)

Sogleich wurden Spekulationen laut, Siew würde beim Präsidenten seinen Rücktritt einreichen. Dies geschah jedoch nicht. Es gelang der Opposition aber, die nötigen Stimmen zusammenzubekommen, um im Parlament ein Mißtrauensvotum gegen den Premierminister einzubringen. (Central News Agency, nach SWB, 27.2.99)

Gegen Ende des Monats nahm die politische Nervosität in Taipei noch aus einem weiteren Grund zu: Das Problem der notleidenden Kredite ist möglicherweise doch größer als zunächst angenommen. Präsident Li erklärte, daß die Hälfte der 700 Mrd. NT\$, die der Regierung und den Privatbanken geschuldet wird, abgeschrieben werden könnte und daß Taiwan eine ähnlich schwere Wirtschaftskrise wie Japan drohe, falls nicht rasch effektive Gegenmaßnahmen ergriffen würden. (SCMP, Internet-Ausgabe, 26.2.99) -hws-

44 Diplomatische Beziehungen mit dem Vatikan gefährdet?

Die langjährigen diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik China und dem Vatikan sind möglicherweise nicht so sicher wie bislang angenommen. Dies geht aus Äußerungen des Kardinalstaatssekretärs am Heiligen Stuhl, Angelo Sodano, hervor. Dieser hatte auf einem Empfang am 11.2. geäußert, die Nuntiatur (Amtsitz des päpstlichen Gesandten) in Tai bei sei die Nuntiatur für China und würde nicht morgen, sondern noch heute abend nach Peking verlegt werden, falls die chinesische Regierung dies zuließe. Daraufhin wurde Taiwans Botschafter beim Vatikan, Raymond Tai, bei seinem Amtskollegen Tauran vorstellig, erhielt von diesem jedoch die Zusicherung, daß sich die Position des Vatikan gegenüber Taiwan nicht geändert habe. Bei einem seit längerem geplanten, dreitägigen Besuch von Außenminister Jason Hu beim Heiligen Stuhl erklärte Tauran eine Woche später, Sodano habe lediglich einem Wunsch Ausdruck verliehen, und es habe hinsichtlich der Entwicklung der Beziehungen mit Peking keine Fortschritte gegeben. (Central News Agency, nach SWB, 15.2.99; SCMP, Internet-Ausgabe, 13.2.99, 20.2.99)

Tatsächlich scheinen die Beziehungen zwischen Taiwan und dem Vatikan auf absehbare Zeit nicht gefährdet zu sein. Zwar hat der Vatikan ein eminentes Interesse daran, seine Beziehungen mit der Volksrepublik China und den dort lebenden ca. 10 bis 15 Millionen Katholiken zu normalisieren. Andererseits betonte eine Sprecherin des Pekinger Außenministeriums noch am 11.2., daß der Vatikan sich aus den inneren Angelegenheiten Chinas heraushalten müsse und auch nicht über kirchliche Kanäle Einfluß nehmen dürfe. (XNA, 12.2.99) Genau um die Wiederherstellung der kirchlichen Hierarchie, die die Ernennung der Bischöfe durch den Papst einschließt, geht es jedoch dem Vatikan. Immerhin scheinen dort unterschiedliche Vorstellungen darüber zu existieren, wie dringlich eine Normalisierung der Beziehungen zur VR China ist. Keineswegs könnte Taiwan damit rechnen, seine Beziehungen mit dem Vatikan aufrechtzuerhalten, falls es zu einer substantiellen Annäherung zwi-

schen dem Heiligen Stuhl und Peking kommt. -hws-

45 Neuer Verteidigungsminister sieht wachsende militärische Bedrohung

Am 1. Februar trat General Tang Fei als neuer Verteidigungsminister sein Amt an. Den Äußerungen auf einer am selben Tag anberaumten Pressekonferenz zufolge scheint er die Politik seines Amtsvorgängers im wesentlichen fortsetzen zu wollen. Dies gilt auch hinsichtlich der noch offenen Frage, wie Kosten und Nutzen des geplanten amerikanischen Raketenabwehrschirms für Taiwan zu beurteilen sind (vgl. C.a. 1999/1, Ü 47).

Tang wies besonders auf die Marschflugkörper hin, die in China entwickelt werden. Von ihnen gehe für Taiwan eine größere Gefahr aus als von ballistischen Raketen und von Atomwaffen. Angesichts Chinas Bemühungen, seine Waffensysteme zu modernisieren, sei damit zu rechnen, daß Chinas Schlagkraft ab dem Jahr 2005 diejenige Taiwans übertreffe. (Central News Agency, nach SWB, 11.2.99)

Darüber, wie viele Raketen derzeit vom Festland aus auf Taiwan zielen, herrscht allerdings offenbar wenig Klarheit. Tang Fei sprach von 120, das Verteidigungsministerium kurz darauf von über 100. Andere Fachleute nannten zur gleichen Zeit eine heutige Zahl von 150 bis 200 gegenüber 50 solcher Raketen noch vor drei bis vier Jahren und sahen die Stationierung weiterer 650 Raketen in den nächsten paar Jahren voraus. Diesen Angaben widersprach ein Pentagonsprecher in Washington: Die Zahl der auf Taiwan gerichteten Geschosse habe sich seit 1990 nicht geändert, allerdings seien sie technisch modernisiert worden. (SCMP, Internet-Ausgabe, 11.2.99 und 13.2.99)

Angesichts der technologischen Entwicklungen auf dem Rüstungssektor und der so oder so offenkundigen - und einseitigen - militärischen Bedrohung Taiwans durch China stehen verstärkte Verteidigungsmaßnahmen für Taiwan ganz oben auf der Agenda. Tang Fei mußte allerdings einräumen, daß sein Haushalt einstweilen sinken wird. Erst ab 2002 sei wieder mit einem höheren Etat zu rechnen.

(*Chung-Yang Jih-Pao* [*Zhongyang Ribao*], nach SWB, 20.2.99) -hws-

46 Taiwan liefert Flugzeugentführer nach China aus

Rechtzeitig zum chinesischen Neujahrsfest schickte Taiwan fünf Flugzeugentführer zurück aufs Festland. Taiwan folgte damit internationalen Gepflogenheiten. Es waren aber nicht alle in Taiwan Einsitzenden betroffen, die Flugzeuge vom Festland auf die Insel entführt hatten, sondern zunächst eine Gruppe von neun Personen, die ihre Gefängnisstrafen abgessen hatte und auf Bewährung freigekommen war.

Die Betroffenen wurden zunächst mit einem Flugzeug nach Quemoy (Jinmen) gebracht, von wo sie ein Schiff des Roten Kreuzes am nächsten Tag abholen sollte. Da es zwischen Taiwan und China keinerlei entsprechende Abkommen gibt und China Handlungen der taiwanischen Instanzen nicht anerkennt, müssen alle Flugzeugentführer mit einer erneuten Verurteilung, also mit einer alten Rechtsgrundsätzen widersprechenden Doppelbestrafung rechnen. Dies mag erklären, warum einer der Entführer während des Fluges mit einem geschärften Türgriff über den Vizegeneralsekretär der Straits Exchange Foundation, der die Aktion begleitete, herfiel und ihm eine 7 cm lange Wunde am Hals zufügte. Als man daraufhin die anderen durchsuchte, stellte sich heraus, daß drei weitere ähnliche Waffen bei sich trugen und offenbar eine gemeinsame Aktion geplant hatten, um die Auslieferung zu vereiteln - mit Erfolg: Der Attentäter und seine drei Kumpel wurden nach Tai bei zurückgebracht, so daß das chinesische Rote Kreuz anderen Tags nur fünf statt der erwarteten neun Personen in Empfang nehmen konnte.

Dies war die zweite Rückführungsaktion nach einer ersten im Juli 1997. Auch in umgekehrter Richtung fand bereits eine Auslieferung statt. (SWB, 2.2.99; Central News Agency, nach SWB, 10.2.99, *Chung-Yang Jih-Pao* [*Zhongyang Ribao*], nach SWB, 10.2.99) -hws-